

rundbrief

Nr. 1/2017 · April 2017

Lobbyismus braucht Licht

Es läuft wie nach Drehbuch: Nach dem Rent-a-Sozi-Skandal um gekaufte Lobbytreffen hat die SPD Transparenz versprochen und angekündigt, den Lobbyismus besser zu regulieren. Nun heißt es: Dran bleiben. Sonst wird's nichts mit dem Happyend für die Demokratie.



Protestaktion beim CDU-Parteitag in Essen im Dezember 2016.

Es wird spannend. Weil Lobbyisten in Deutschland immer noch weitgehend im Dunkeln agieren können, stellten wir Anfang Februar gemeinsam mit Abgeordnetenwatch einen Gesetzentwurf für ein Lobbyregister vor. Dieses würde Lobbyisten erstmals verpflichten, ihre Auftraggeber, finanziellen Hintergründe und politischen Ziele offenzulegen. Nun hat die SPD darauf reagiert.

Die durch den „Rent-a-Sozi-Skandal“ um gekaufte Lobbytreffen mit SPD-Spitzenpolitikern unter Druck geratenen Sozialdemokraten stellten Ende Februar einen eigenen Gesetzentwurf zum Thema vor. Dieser weist in die richtige Richtung, und greift einige unserer Forderungen auf. Weil die Unionsparteien weiter blockieren, ist eine Umsetzung vor der Bundestagswahl aber fast ausgeschlossen. Mehr Transparenz scheuen die christlichen Parteien in diesem Bereich offensichtlich wie der Teufel das Weihwasser.

SPD liefert keine adäquate Antwort auf Rent-a-Sozi

Allerdings: Auch ein Lobbyregister hätte Rent-a-Sozi nicht verhindert. Dafür bräuhete es eine konsequente Reform des Parteiengesetzes und klare Regeln zum Sponsoring. Dieses hat sich in den vergangenen Jahren zum Schlupfloch für intransparente

Lobbygelder entwickelt. Auch hier hat die SPD wegen des öffentlichen Drucks einen Vorschlag gemacht. Dieser bleibt jedoch weit hinter unseren Erwartungen zurück. So fehlt das explizite Verbot käuflichen Zugangs zu Politikern. Parteieigene Firmen, die bei dem Skandal eine wesentliche Rolle spielten, werden überhaupt nicht erfasst. Und die Schwellenwerte, ab wann Sponsoring offen gelegt werden soll, sind viel zu hoch angesetzt. Eine ernsthafte Antwort auf Rent-a-Sozi sieht anders aus.

Nur Transparenz schafft Vertrauen

Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass das Thema Lobbyregulierung auch im Wahlkampf eine Rolle spielt. Lobbykontrolle und -transparenz sind eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltig funktionierende Demokratie. Nur so kann verloren gegangenes Vertrauen in die Politik zurück gewonnen werden. Bleiben die Parteien untätig, leisten sie jenen Vorschub, die mit vermeintlich einfachen Antworten punkten wollen, zugleich aber die Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft in Frage stellen. Die wahlkämpfenden Parteien müssen erkennen: Der Ausweg aus der Repräsentationskrise führt nur über mehr Transparenz und Demokratie.

Timo Lange

editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

unser Einsatz zeigt Wirkung: Im hessischen Landtag steht zur Debatte, ein weitreichendes Werbeverbot im Schulgesetz zu verankern. Dem Einfluss von Unternehmen und Verbänden auf die Bildung wären damit engere Grenzen gesetzt. Die SPD wiederum hat versprochen, den Einfluss von Vermögenden auf die Politik zum Thema zu machen. Das ist lange überfällig. Und sie hat endlich auch ein verpflichtendes Lobbyregister entworfen - kurz, nachdem wir einen 22 Paragraphen starken Gesetzentwurf dazu vorgestellt hatten.

Ausruhen können und wollen wir uns allerdings nicht. Die Union wird die Einführung eines Lobbyregisters in dieser Legislaturperiode wohl blockieren. Und die neuesten Vorschläge der SPD für mehr Transparenz im Parteisponsoring sind enttäuschend. Eine angemessene Antwort auf die „Rent-a-Sozi-Affäre“ sähe ganz anders aus. Deshalb werden wir den Druck aufrechterhalten und im Bundestagswahlkampf mit aller Kraft für unsere Anliegen kämpfen.

Vielen Dank, dass Sie uns dafür Rückenwind geben!



Foto: Imke Dierßen

Mit herzlichen Grüßen!

Imke Dierßen
Politische Geschäftsführerin

Ihre Stimme gegen Meinungsmache an Schulen

Die Unternehmerlobby will ein weitreichendes Werbeverbot an Hessens Schulen verhindern. Die zuständigen BildungspolitikerInnen dürfen jetzt nicht klein beigeben.



Wir setzen uns seit Jahren gegen Lobbyismus an Schulen ein, hier bei einer Aktion in Sachsen-Anhalt im Sommer 2013.

Showdown in Hessen: Die schwarz-grüne Landesregierung will ein Werbeverbot an Schulen durchsetzen und damit dem Lobbyismus an Schulen einen Riegel vorschieben. Ein guter Plan, der anderen Bundesländern ein Vorbild sein sollte. Doch die Unternehmerlobby stemmt sich mit aller Macht dagegen.

Wir haben uns daher entschieden, Druck zu machen und den zuständigen BildungspolitikerInnen zu zeigen, wie groß die öffentliche Unterstützung für ihr Vorhaben ist. Hessens Schülervertretung, Eltern- und Lehrerverbände haben klar gemacht: Sie wollen das Werbeverbot. Zusammen sorgen wir dafür, dass Hessens Bildungspolitiker jetzt nicht einknicken.

Hessens Vorstoß sollte Schule machen

Das geplante Werbeverbot in Hessen wäre ein echter Fortschritt. Es stellt auch das Schulsponsoring auf den Prüfstand und kann so verdeckte Meinungsmache und Einflussnahme verhindern. Ausnahmen für Sponsoring wären nur noch möglich, „wenn eine Beeinflussung sowie der Anschein einer

Einflussnahme auf Schule und Unterricht ausgeschlossen ist“. Eine unmissverständliche Formulierung, die über die sonst übliche Abwägung zwischen schulischem Nutzen und problematischer Werbewirkung hinausgeht. Den Profiteuren solcher Einflussnahme ist sie daher ein Dorn im Auge.

Dazu muss man wissen: Sponsoring-Aktivitäten an Schulen sind selten so uneigennützig, wie sie daherkommen. Der Bundesverband der Verbraucherzentrale hat stichprobenartig 550 kostenfreie Lehrmaterialien von Wissenschaftlern untersuchen lassen. Drei Viertel der Materialien bekamen dabei die Note „vier“ oder „fünf“. Fazit der Verbraucherzentrale: Die große Mehrheit der Unternehmen betreibt vor allem PR in eigener Sache. Unterzeichnen Sie deshalb jetzt unseren Appell für ein starkes Werbeverbot an Schulen und informieren Sie befreundete LehrerInnen, Eltern oder SchülerInnen. Jede Stimme zählt.

www.lobbycontrol.de/werbeverbot-ins-schulgesetz/

Felix Kamella

Lobbykritische Stadtführungen durch Berlin

Das Wetter wird wieder besser, der Lobbyismus bleibt problematisch. Wir starten auch dieses Jahr wieder mit ein paar Neuerungen in die nächste Stadtführungssaison. Wir zeigen, wo die Rent-a-Sozi-Affäre ihren Anfang nahm und klären über Parteisponsoring auf. Und wir erkunden das Thema Reichtum und Einfluss mit einer neuen Station zur Stiftung Familienunternehmen. Seien Sie dabei! Alle Informationen zu unseren offenen Touren und den Gruppen- und Schülertouren finden Sie hier:

www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/lobbyplanet-berlin/

Sebastian Meyer

Heidi Bank wieder an Bord



LobbyControl-Mitgründerin Heidi Bank ist wieder an Bord. Nach ihrer Elternzeit wegen der Geburt ihres zweiten Sohnes ist die 39-jährige seit Anfang Dezember wieder in der Geschäftsführung bei uns eingestiegen. Die Zielsetzung ist klar: Strengere Regeln und mehr Transparenz für Lobbyisten durchsetzen.

Sebastian Meyer

CETA

Wir haben da noch ein Wörtchen mitzureden!

Mit einer fortschrittlichen Handelspolitik könnte man die Globalisierung positiv gestalten. Doch das Gegenteil ist momentan der Fall. Das wollen wir ändern.

Das umstrittene Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) bewegt sich auf die Zielgerade zu. Konservative und Sozialdemokraten haben es Mitte Februar im Europäischen Parlament ratifiziert. Inklusiv der umstrittenen Schiedsgerichte und neuer Einfallstore für Konzernlobbyisten. Doch bei CETA haben die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten noch ein Wörtchen mitzureden. Die Hürden sind hoch. Und das ist gut so. Denn es geht um viel.

Theoretisch könnte Handelspolitik dazu beitragen, die Globalisierung demokratisch zu gestalten. Doch CETA spielt vor allem transnationalen Konzernen in die Hände. Sie können dank dubioser Lobbyistengremien im Rahmen der regulatorischen Kooperation Einfluss auf Verbraucher- und Umweltschutz nehmen, noch bevor die

Parlamente die verhandelten Gesetze zu Gesicht bekommen.

Welche Auswirkungen das hat, zeigt unsere neue Studie „Von NAFTA zu CETA: Konzernlobbyismus durch die Hintertür“. Darin dokumentieren wir, wie die regulatorische Kooperation etwa dazu führte, dass Pestizide, die in anderen OECD-Ländern verboten sind, in Kanada weiterhin erlaubt sind.

Wir werden die Studie während der CETA-Ratifizierungsphase in den Mitgliedstaaten verbreiten und gehen damit in den nächsten Monaten auf Europa-Tour. Noch besteht die Chance, ein Abkommen zu verhindern, dass Lobbyeinfluss stärkt und die Demokratie schwächt. Diese Chance wollen wir nutzen.

Max Bank

Kuscheln mit der Industrie



Foto: ALTER EU

Die EU-Kommission hatte im Februar zum „EU-Industry-Day“ geladen und diskutierte mit mehreren Hundert Industrie-VertreterInnen die Zukunft der Branche. Schaut man sich die zahlreichen Lobbytreffen der EU-Kommission mit Konzernvertretern an, war das eigentlich überflüssig. Eigentlich ist bei der Kommission doch fast immer „Industry Day“. Darauf machten wir mit einer augenzwinkernden Aktion vor dem Kommissionsgebäude aufmerksam. Und fragten: Wann ist eigentlich EU-NGO-Day?

Nina Katzemich

EU-Parlamentarier verbieten sich Lobbyjobs

Das EU-Parlament hat sich im Dezember neue Verhaltensregeln gegeben: professionelle Lobbytätigkeiten neben dem Mandat sind ab jetzt verboten. Dafür haben die EU-Abgeordneten Lob verdient. Der Bundestag konnte sich zu dieser Regel bisher nicht durchringen. Dort kann etwa der Abgeordnete Rudolf Henke (CDU) als stellvertretender Leiter des Gesundheitsausschusses gleichzeitig den Ärztelobbyverband Marburger Bund und die Deutsche Ärztekammer Nordrhein leiten.

Nina Katzemich

impressum



Foto: Verena Gumbel | LobbyControl

Mehr als 300.000 Menschen demonstrierten im September bundesweit gegen die demokratiefeindlichen Handelsabkommen CETA und TTIP. LobbyControl war unter anderem in Köln präsent.

AutorInnen: Max Bank, Christina Deckwirth, Imke Dierßen, Felix Kamella, Nina Katzemich, Timo Lange, Sebastian Meyer

Redaktion: Sebastian Meyer (V.i.S.d.P.)

LobbyControl e.V.
Am Justizzentrum 7, 50939 Köln

Kontakt: Tel.: 0221-995 715-0
Fax: 0221-995 715-10

kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Layout: Hannes Jung
Druck auf 100% Recyclingpapier

Nr. 1/2017 · April 2017

Machtkampf um unbequeme Wahrheiten

Das Thema Reichtum und Einfluss ist offenbar eine heikle Angelegenheit für die Bundesregierung. Das Kanzleramt strich kurzerhand brisante Passagen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht. Aber das SPD-geführte Arbeitsministerium möchte sich damit nicht abfinden.



Geld soll nicht entscheiden, wie stark jemand in der Politik Gehör findet. Auch dafür setzt LobbyControl sich ein. Das Bild zeigt zwei Unterstützerinnen auf unserer 10-Jahresfeier.

Schon seit einigen Jahren setzen wir uns dafür ein, dass im Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung auch die gesellschaftliche Macht der Reichen untersucht wird. Zunächst mit Erfolg: Das Arbeitsministerium, das den Bericht koordiniert, gab dazu mehrere Studien in Auftrag und verfasste ausführliche Textstellen zu ungleichem Einfluss und Lobbyismus.

Reiche finden Gehör, die anderen nicht

Besonders interessant und brisant dabei: Eine Studie wies nach, dass die Interessen von Wohlhabenden systematisch mehr Berücksichtigung in politischen Entscheidungen finden als die Interessen der Armen und der Mittelschicht. Doch bei der Abstimmung zwischen den Ministerien setzte das Kanzleramt den Rotstift an. So wurde etwa folgende Aussage gelöscht: „Personen mit geringem Einkommen verzichten auf politische Partizipation, weil sie Erfahrungen machen, dass sich die Politik in ihren Entscheidungen weniger an ihnen orientiert.“ Auch Passagen zu den Themen soziale Ungleichheit und Einfluss wurden ersatzlos gestrichen.

Als Grund nannte das Kanzleramt unter anderem, dass die Datenlage zu dünn sei. Der Bericht befindet sich aktuell noch in der Abstimmung. Mittlerweile wird es knapp mit einer Veröffentlichung noch in dieser Legislaturperiode. Das mag auch daran liegen, dass wir die Streichungen nicht einfach so hingenommen haben, sondern sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt machten und damit für einen Wirbel sorgten. Die zuständige Ministerin Andrea Nahles (SPD) hat sich inzwischen öffentlich hinter die Studienergebnisse gestellt, die nach Ansicht des CDU-geführten Kanzleramts nur stark gekürzt wiedergegeben werden sollten.

Lobbyregister als Lösung

Wir fordern, dass die Macht der Reichen öffentlich diskutiert wird statt sie zu vertuschen. Außerdem brauchen wir endlich mehr Lobbytransparenz. Nur so könnten wir tatsächlich mehr darüber erfahren, wie Reiche (aber auch andere) in Deutschland Einfluss nehmen. Dann bräuhete sich das Kanzleramt auch nicht mehr über die schlechte Datenlage beschweren.

Christina Deckwirth

Parteispenden Wer? An wen? Wie viel?

Mit einer neuen Datenbank machen wir die unübersichtlichen Parteispenden übersichtlich. Denn, das ist kein Scherz: Die Listen mit den Spenden an die Parteien werden auch im Jahr 2017 noch teilweise als gescannte Dokumente veröffentlicht. Heißt: Sie sind nur schwer zu lesen und nicht automatisch durchsuchbar. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Daher arbeiten wir seit einigen Monaten an einer Parteispenden-Datenbank. Einfach und übersichtlich werden wir veröffentlichen, wer, an wen, wie viel gespendet hat. In den nächsten Wochen werden wir die Datenbank veröffentlichen.

Felix Kamella

Stiftungen Wohltäter oder Lobbyisten?

Ob Bosch, BMW oder Bertelsmann: Nach außen stellen sich unternehmensnahe Stiftungen gerne als großzügige Wohltäter dar. Eine neue Studie aus dem Wissenschaftszentrum Berlin zeigt: Ganz so einfach ist es nicht. Mit ihren Millionenvermögen stiften sie Professuren und beeinflussen öffentliche Diskurse. Zudem betreiben sie Lobbyarbeit. Doch das bleibt häufig verborgen: In Deutschland gibt es keine Transparenzaufgaben für Stiftungen. Das muss sich dringend ändern.

Christina Deckwirth



Sitz der Bertelsmann-Stiftung in Berlin